

## Stellungnahme zur Evaluierung der Humanitären Hilfe der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit von 2004-2008

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit hat 2009 eine Evaluierung ihrer Humanitären Hilfe von 2004-2008 in Auftrag gegeben. Aus Anlass der Veröffentlichung des sehr kritischen Evaluierungsberichtes<sup>1</sup> gibt die AG Globale Verantwortung eine Stellungnahme ab.

### 1 Geringer Stellenwert der Humanitären Hilfe

Die AG Globale Verantwortung begrüßt, dass die Österreichische Bundesregierung auf internationaler diplomatischer Ebene bemerkenswerte Akzente im Bereich der Durchsetzung der Menschenrechte und im Engagement für humanitäres Völkerrecht setzt. Wir begrüßen weiter, dass es auf nationaler Ebene einen Dialog zwischen Ministerien und der Zivilgesellschaft zu internationalen Aktivitäten gibt (z.B. Ausarbeitung eines gesamt-staatlichen Auslandseinsatzkonzept, Konsultationsprozess Leitfaden Sicherheit und Entwicklung).

Wir bedauern jedoch, dass diese politisch-strategischen Aktivitäten keinen Niederschlag auf strukturell-organisatorischer und finanzieller Ebene finden.

**Ausdruck dafür sind ein ineffizienter Aufbau und eine chronische Unterfinanzierung der staatlichen Humanitären Hilfe Österreichs.** Letzteres bringt auch der Evaluierungsbericht detailliert zum Ausdruck.

### 2 Unterfinanzierung

*„Österreich gehört mit seiner geringen Mittelausstattung nicht zu den Key-Playern auf der internationalen humanitären Bühne.“ (Evaluierungsbericht Seite v)*

*„Der Anteil der humanitären Hilfe an den österreichischen Entwicklungsleistungen (ODA) ist mit rund 1 % klein und selbst wenn die multilaterale Humanitäre Hilfe Österreichs berücksichtigt wird, (ca. 2–3 %) liegt der Wert deutlich tiefer als der Durchschnitt aller DAC Länder (ca. 7 %).“ (Evaluierungsbericht Seite v)*

Im Durchschnitt der Jahre 2004 - 2008 betragen die von Außenministerium/Austrian Development Agency gestaltbaren Humanitären Hilfsleistungen gerade einmal 4,9 Mio. Euro. Damit belegt Österreich vor Portugal die vorletzte Stelle innerhalb der „alten“ EU Mitgliedstaaten und wird sogar von einigen neuen Mitgliedern überholt.

---

<sup>1</sup> Link: <http://www.entwicklung.at/index.php?id=1039>

Gemäß OECD Statistik<sup>2</sup> leisteten größtmäßig vergleichbare Länder wie z.B. die Niederlande zwischen 2006 und 2008 im Vergleich zu Österreich ca. das 17-fache an Humanitärer Hilfe, die Schweiz ca. das 8,5-fache. Selbst das kleine Luxemburg leistete noch 1,4-mal mehr Humanitäre Hilfe als Österreich.

Zum Vergleich: Der Einsatz des Österreichischen Bundesheeres zur Sicherung des Grenzraums zum EU-Mitgliedsstaat Ungarn kostet laut Rechnungshofbericht 22 Millionen Euro pro Jahr.

Hier entzieht sich die österreichische Regierung – entgegen ihrer Zusagen - ihrer internationalen Verantwortung.

Es ist erfreulich, dass die Spendenbereitschaft der Österreicher/innen für humanitäre Katastrophen im Ausland auch in schwieriger werdenden Zeiten nicht gesunken ist.

Die Möglichkeit der Spendenabsetzbarkeit ist in diesem Zusammenhang ausdrücklich zu begrüßen. Dieser Umstand darf aber nicht als Entschuldigung für die Regierung dienen, sich aus der öffentlichen Hilfeleistung zunehmend zu verabschieden.

Es ist im Gegenteil Aufgabe der staatlichen Humanitären Hilfe, ihrer Verantwortung nachzukommen, und die Hilfsorganisationen gerade dort zu unterstützen, wo erfahrungsgemäß private Spenden schwerer zu beschaffen sind, nämlich bei vergessenen Konflikten und Pandemien wie Malaria, TB und HIV/Aids.

### 3 Strukturschwächen

Eine weitere zentrale Aussage des Evaluierungsberichtes weist auf die von den Hilfsorganisationen vielfach kritisierte fragmentierte, inkohärente und mangelhaft koordinierte Entscheidungs- und Vergabestruktur hin.

Das Innenministerium ist zuständig für Katastrophenhilfe im In- und Ausland, das Außenministerium und die Austrian Development Agency sind zuständig für die Humanitäre Hilfe im Ausland und für den Brückenschlag zur Entwicklungszusammenarbeit. Das Lebensministerium - im Bereich der Nahrungsmittelhilfe - und das Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport übernehmen ebenfalls humanitäre Aufgaben.

Die Katastrophenhilfe des Innenministeriums wird kaum mit dem Außenministerium und der Austrian Development Agency abgestimmt. Das Außenministerium braucht für jede Mittelentnahme aus dem Auslandskatastrophenfonds (AKF) einen Ministerratsbeschluss. Ein solcher erfolgt meist nur mit starker zeitlicher Verzögerung und rein anlassbezogen.

Die Austrian Development Agency ist in der derzeitigen Konstruktion die einzige Akteurin, die ihr minimales humanitäres Budget nach beständigen (entwicklungspolitischen) Kriterien einsetzen kann und muss.

*Der Evaluierungsbericht konstatiert zu Recht: „Da keine Behörde die Themenführerschaft innehat, ist die humanitäre Hilfe in Österreich sehr fragmentiert und formal wenig koordiniert.“*

---

<sup>2</sup> OECD Stat. Extracts, <http://stats.oecd.org/index.aspx>, DAC Sector 700 – Humanitarian Aid, gross Disbursements in current USD

.... So erweist sich die organisatorische Trennung zwischen Humanitärer Hilfe und EZA als schwer zu überwindendes Hindernis für die vielfach geforderte Operationalisierung eines kohärenten Implementierungsansatzes, welcher kurzfristige Hilfen sinnvoll mit dem mittel- bis langfristigen Engagement in einem Land verknüpft." (Evaluierungsbericht Seite vi)

## 4 Folgerungen und Empfehlungen

Der Evaluierungsbericht zeigt folgende gravierende Problemfelder auf Kosten einer schnellen wirksamen Hilfe für Katastrophenopfer auf:

- ⇒ Finanzen: Beschränkter Umfang der staatlichen Humanitären Hilfe durch geringe Mittelausstattung
- ⇒ Intransparenz: Langsame, nicht transparente Entscheidungsfindung
- ⇒ Strukturschwäche: Überbürokratisierung und ineffiziente Abläufe

Die AG Globale Verantwortung stimmt größtenteils mit den im Evaluierungsbericht gegebenen Empfehlungen (Seite ix/x) überein. Insbesondere und darüber hinaus fordert der Dachverband:

- ⇒ **Substantielle Erhöhung der Mittel für Humanitäre Hilfe in Österreich**  
Dabei ist auf eine ausgewogene Mittelvergabe zwischen multilateralen Zuwendungen und Zuwendungen an Nichtregierungsorganisationen zu achten. Mittel sollen nicht nur für „mediale“ Krisen und Katastrophenhilfe, sondern auch für Katastrophenvorsorge zur Verfügung stehen.
- ⇒ **Reduktion der Fragmentierung**  
Entscheidungsbefugnis, Koordination und Mittelvergabe der staatlichen Humanitären Hilfe bei einer einzigen Stelle
- ⇒ **Schaffung eines wirksamen Soforthilfeinstruments,**  
das es Nichtregierungsorganisationen ermöglicht, rasch und unbürokratisch finanzielle Ressourcen zu erhalten, damit wirksame Soforthilfe geleistet werden kann. Die Opfer einer Katastrophe können nicht wochenlang warten, sie brauchen Hilfe binnen Stunden. Ein Instrument existiert zumindest theoretisch bereits: der Auslandskatastrophenfonds (AKF). Doch dieser ist zu schwerfällig, da jede Mittelvergabe einen Ministerratsbeschluss benötigt. So erfolgte im Jahr 2009 der Aufruf, Hilfsprojekte aufgrund der humanitären Notsituation in Sri Lanka einzureichen, erst nach ca. zwei Monaten. Der gleiche langsame Prozess wiederholte sich nach dem Beben in Haiti vom 12. Jänner 2010, wo erst im April die Mittel aus dem AKF freigegeben wurden.

### KONTAKT:

Globale Verantwortung - Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und Humanitäre Hilfe  
Apollogasse 4/9 - 1070 Wien  
Tel. 01/ 522 44 22-0 Mail: [office@globaleverantwortung.at](mailto:office@globaleverantwortung.at)